



Beratung	Datum	Behandlung	Ziel
Kommission für Integration	08.07.2021	öffentlich	Bericht

Betreff:

**Integration auf kommunaler Ebene weiterentwickeln
- hier: SPD-Antrag vom 18.03.2021**

Anlagen:

SPD-Antrag vom 18.03.2021
Sachverhalt
Nationaler Aktionsplan Integration_PPP_Laura Kolland
Nationaler Aktionsplan_Phase III
NAP-I-Ubersicht der Ergebnisse
Leitlinien zur Integrationspolitik der Stadt Nürnberg

Bericht:

In diesem Frühjahr legte die Bundesregierung die zweite Fassung des Nationalen Aktionsplans Integration (NAP-I) vor, der erstmalig 2012 verabschiedet wurde. Ausgehend von fünf Phasen der Integration (I. Vor der Zuwanderung, II. Erstintegration, III. Eingliederung, IV. Zusammenwachsen und V. Zusammenhalt) enthält der NAP-I über 100 Maßnahmen und Kernvorhaben, die in einem breit angelegten Beteiligungsprozess von 300 Akteurinnen und Akteuren, darunter rund 75 Migrant*innenorganisationen, erarbeitet wurden. Die Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration koordinierte dabei den Prozess. Der Nationale Aktionsplan Integration wird im Bericht vorgestellt, die Befassung der Koordinierungsgruppe Integration mit diesem berichtet und anschließend anhand ausgewählter Beispiele die Entwicklung und Umsetzung von integrationspolitischen Maßnahmen in den letzten (drei) Jahren in Nürnberg dargestellt.

1. Finanzielle Auswirkungen:

Noch offen, ob finanzielle Auswirkungen

Kurze Begründung durch den anmeldenden Geschäftsbereich:

(→ weiter bei 2.)

Nein (→ weiter bei 2.)

Ja

Kosten noch nicht bekannt

Kosten bekannt

<u>Gesamtkosten</u>	€	<u>Folgekosten</u>	€ pro Jahr
		<input type="checkbox"/> dauerhaft	<input type="checkbox"/> nur für einen begrenzten Zeitraum
davon investiv	€	davon Sachkosten	€ pro Jahr
davon konsumtiv	€	davon Personalkosten	€ pro Jahr

Stehen Haushaltsmittel/Verpflichtungsermächtigungen ausreichend zur Verfügung?
(mit Ref. I/II / Stk - entsprechend der vereinbarten Haushaltsregelungen - abgestimmt,
ansonsten Ref. I/II / Stk in Kenntnis gesetzt)

- Ja
 Nein

Kurze Begründung durch den anmeldenden Geschäftsbereich:

2a. Auswirkungen auf den Stellenplan:

- Nein (→ weiter bei 3.)
- Ja
- Deckung im Rahmen des bestehenden Stellenplans
- Auswirkungen auf den Stellenplan im Umfang von Vollkraftstellen (Einbringung und Prüfung im Rahmen des Stellenschaffungsverfahrens)
- Siehe gesonderte Darstellung im Sachverhalt

2b. Abstimmung mit DIP ist erfolgt (Nur bei Auswirkungen auf den Stellenplan auszufüllen)

- Ja
 Nein

Kurze Begründung durch den anmeldenden Geschäftsbereich:

3. Diversity-Relevanz:

- Nein
 Ja

Kurze Begründung durch den anmeldenden Geschäftsbereich:

Im Mittelpunkt des Nationalen Aktionsplans Integration steht die Integration von Menschen mit Migrationshintergrund.

4. Abstimmung mit weiteren Geschäftsbereichen / Dienststellen:

- RA** (verpflichtend bei Satzungen und Verordnungen)
- 2. BM/KuF**
- Koordinierungsgruppe Integration**
-

